



HESSISCHER LANDTAG

29.11.2012

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 18/6515 zu Drucksache 18/5926

Inhalt des Antrags: **Schaffung einer Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 19 neu

Bezeichnung lt. Leistungsplan Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie

Leistungsplan 2014:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	0,0	+ 14.600,2	14.600,2
Produktabgeltung	0,0	+ 14.600,2	14.600,2

Begründung des Änderungsantrags:

Dem Hessischen Verfassungsschutz wurden fortwährend mehr Mittel zugewiesen, während in allen anderen Bereichen, wie Polizei, Kommunen und Behörden, immer weiter gekürzt wird. Dabei hat der Verfassungsschutz bei der Erkennung und Bekämpfung rechter Strukturen und Gefahren augenscheinlich völlig versagt. Wir wollen zunächst eine Rückführung der Mittel auf das Niveau der Personalausgaben von 2006. Die freiwerdenden Mittel für den Verfassungsschutz sollen für die Errichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie verwandt werden. Diese soll den Verfassungsschutz ersetzen.

Entsprechend dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Hessisches Gesetz zur Neuordnung der Aufgaben zum Schutz der Verfassung und zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz (Drucksache 18/6176) wird das Landesamt für Verfassungsschutz spätestens bis zum 31.12.2013 endgültig aufgelöst.

Wiesbaden, 29.11.2012

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende
Willi van Ooyen